

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Hübnerdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Hübnerdorferstraße 60

Abonnements-Verstellungen, Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Einzelnenpreis: die viergespaltene Beitzelle 40 Pf.

Nummer 11.

Berlin, den 13. März 1910.

11. Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

„Halten Sie das Pulver bereit, aber schießen Sie noch nicht.“ — Tarifverträge und Schiedsgerichtswesen. — Jahresbericht des Bezirks Nürnberg. — Rundschau: Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe. Die Frau in der Wohnungsaufsicht. Armenunterstützung durch Landgewährung. Schulparlamente — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Mannheim. Altsoldat. Berlin. Quer. Duisburg. Cronau. Heilsberg. Mannheim. Womberg. Neffeltöden. Osterfeld. Posen. Rheine. Soest. Wiesbaden. — Volkswirtschaftliches und Soziales. — Soziale Wahlen. — Von den Arbeitsstellen. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel.

## „Halten Sie das Pulver bereit, aber schießen Sie noch nicht.“

Die Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, die, wie bekannt, am 24. und 25. Februar in Straßburg tagte, nahm an ihrem zweiten Verhandlungstage folgende Resolution an:

„Die am 24. und 25. Februar zu Straßburg tagende Hauptversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes nimmt Kenntnis von der bisherigen Tätigkeit der Dreizehner-Kommission zur Erneuerung der zurzeit gültigen Tarifverträge. Die Hauptversammlung spricht der Kommission für diese Arbeiten ihren Dank und ihr vollstes Vertrauen aus und beauftragt die Dreizehner-Kommission, die zentralen Verhandlungen mit den Arbeitnehmervertretern demnächst wieder aufzunehmen und zum Abschluß zu bringen.“

Die Hauptversammlung erwartet über diese erneuten Verhandlungen Bericht in der außerordentlichen Hauptversammlung zu Dresden zur endgültigen Beschlussfassung.“

Das ist eine Ueberraschung! Nicht für uns, aber sicher für die „Kriegspartei“ im Unternehmerlager. So hatten sich diese Herren den Ausgang jedenfalls nicht gedacht, und es hat mindestens sehr starker Mittel bedurft, um sie zur Annahme dieser Resolution zu bewegen, und zwar ohne jede Diskussion. Damit sind die Weiterverhandlungen vorläufig gesichert, die, wie wir inzwischen mitteilen können, am Mittwoch, den 9. März, zwischen den zentralen Verhandlungskommissionen wieder aufgenommen worden sind. Wir werden ja nun bald deutlicher sehen.

Nun darf die Frage gestellt werden, warum die „Kriegspartei“ sich soweit duckte und die vorgeschlagene Resolution der Dreizehner-Kommission des Bundes akzeptierte. Hat sie eine Niederlage erlitten, indem die Verneinung im Arbeitgeberlager so stark ist, um sie in die entsprechenden Schranken zu verweisen? Eine klare Antwort läßt sich heute darauf nicht geben, da die bekannte Heimlichkeit auf der Generalversammlung in Straßburg in noch verstärkterem Maße gegen früher geübt wurde. Die Berichte in der „Baugewerks-Zeitung“ und dem „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ weichen nicht voneinander ab, nur versteht sie das erste Blatt mit einem Stimmungsbericht, das gewisse Schlüsse zuläßt. Das Blatt wiederholt noch einmal: „In der Tat, am Vorabend der Versammlung konnte es scheinen, als werde kein Halten mehr sein.“

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Arbeitgeberbund, soweit tarifliche Fragen in Betracht kommen, in zwei Lager geteilt ist. Die „Kriegspartei“ möchte rückwärts zum Schlagen, die andere Partei möchte das Gesicht zu wahren. Um so mehr noch, als die gezogenen Zirkel durch das Verhalten der Arbeiterorganisationen unliebsam gestört worden sind. Im Endziel sind sich beide gleich. „Halten Sie das Pulver bereit, aber schießen Sie noch nicht!“ mit diesen Worten schloß Herr Baurat Enke (Leipzig) seinen Bericht über die bisher gepflogenen Verhandlungen. Das bejaht mit anderen Worten: Der richtige Augenblick zum Losschlagen ist noch nicht gekommen; bereitet euch noch besser darauf vor, rüfset, damit der zu führende Schlag um so vernichtender ausfällt. Konsequenzen an die Kriegspartei. Herr Busch (Stuttgart) äußerte seine Freude darüber, daß beim Abschluß neuer Verträge vor allen Dingen die Autorität der Meisterei und die Bezahlung der Arbeiter nach ihren Leistungen gewährleistet wird. Man solle sich nicht durch gewisse Zeitungsaufsätze irremachen lassen, die in einigen bürgerlichen Blättern gegen die Bauarbeiter gerichtet worden sind.“ (Zentralbl. f. d. d. Baugewerbe, Nr. 9.) Diese Aeußerung läßt in etwa den Schleiter. Sie erfährt eine Ergänzung durch Herrn Felsch, der in seiner Eröffnungsrede erklärte, ein Kampf müsse verhindert werden, solange noch die Ehre des deutschen Baugewerbes gewahrt bleibt, solange wir noch Herr auf unseren Bau- und Werkplätzen sind, solange es uns ge-

stattet ist, für die Ausführung unserer Bauten die geeigneten Arbeitskräfte auszuwählen.“ In der Unternehmerrsprache bedeutet das ein Festhalten an den einseitigen Arbeitsnachweisen. Sollten wir uns irren, wäre das um so angenehmer für uns. Die über die augenblickliche Lage im Baugewerbe und das Verhalten der Arbeitgeber in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ und der „Frankfurter Zeitung“ erschienenen Artikel haben anscheinend eine starke Beruhigung der führenden Personen des Bundes herbeigeführt und haben sie den Straßburger Beschluß fast beiläufig.

Wie wir bereits sagten, haben die zentralen Verhandlungen am letzten Mittwoch wieder begonnen. Ob sich jetzt schon eine endgültige Entscheidung ergeben wird, läßt sich nicht voraussagen. Halten die Unternehmer an ihren Forderungen fest, dann allerdings haben wir Klarheit. Je eher, desto besser.

Am Abend wird man klug für den vergangenen Tag; Doch niemals klug genug für den, der kommen mag. Rückert.

## Tarifverträge und Schiedsgerichtswesen.

Was aber nun als richterliche Instanz für die Tarifgemeinschaften? Hier möchten wir uns in bezug auf das, was wir heute schon empfinden, ganz an den sehr orientierten und in seinem Urteil so maßvollen Dr. Schall anschließen. Er empfiehlt im wesentlichen eine energische Behauptung der privatrechtlichen Stellung des Tarifvertrages schon unter bestehendem Recht. Wie und mit welchen Mitteln gegen richterliche Unwissenheit in Tariffragen und nachlässigen Bureaukratismus der Arbeitshöfe, das ist nicht Gegenstand dieser Arbeit. Dagegen sei betont, daß wir mit Schall den Schwerpunkt der tariflichen Rechtsprechung auf die Tarifschiedsgerichte und deren Tarifamt als Berufungsinstanz legen möchten. Der Jurisprudenz dieser Schiedsgerichte soll nach Sch. das Amtieren einer sog. Schlichtungskommission vorausgehen, die unverbindlich zur Vermittlung sucht. Ihr sollen sowohl Differenzen aus dem individuellen Arbeits- als aus dem Tarifvertrag, d. h. solche vorwiegend individuellen und solche korporativen Charakters zufallen. Brachte es keine Verständigung fertig, so mögen sich die Tarifschiedsgerichte resp. Tarifämter und das gewerbegerichtliche Einigungsamt je nach Eigenart der Einzelfälle in die Arbeit teilen. Hiergegen haben wir nur einzuwenden, daß sich die Schlichtungskommissionen streng auf den Boden der Vertragsdurchsetzung stellen müssen, tarifrechtlich Partei zu ziehen sie keinesfalls zu einem Kompromiß, sondern müssen sie zur Zurücknahme der tarifwidrigen Handlungen und zum Widerruf untariflicher Arbeitsverträge zwingen. In Sachen Gesandtschaften gibt es keine Kompromißmöglichkeiten. Nun werden aber kaum die Parteien auf einfache unverbindliche Vorstellungen der Schlichtungskommission hin nachgeben wollen. Webrigens ist das Vorkommende des Verbandsbevollmächtigten bei vertretbaren Firmen etwas Nennliches, wie es kaum vorstellbar, eine Kommissionsbildung erübrigt sich wohl nicht. Der Vertrauensmann der Unternehmerorganisation könnte ebenso bevor es zur Klage kommt, mit den tarifignarierenden Personen oder der betreffenden Organisationsgruppe unterhandeln. Was aber wesentlich ist, ist das, daß alle Fälle, in denen es zum Klageverfahren kommen muß, nach Möglichkeit vor dem Tarifschiedsgericht erledigt werden. Soweit es sich hierbei um Fälle handelt, die auch vor das G.-G. kommen könnten, also nachträgliche Brüche tariflicher Arbeitsverträge, bietet sich keine große gesetzliche Schwierigkeit. Nur muß in den Tarifvertrag ein Passus, nach dem die einzelnen tarifunterstellten Arbeitgeber und Arbeitnehmer verpflichtet werden, beim Eingehen des individuellen Arbeitsvertrages anzunehmen, daß alle Streitigkeiten aus diesem nicht vor das Gewerbe, sondern vor das Tarifschiedsgericht kommen sollen. Damit behaltet sich der Parteiville auf Schaffung eines rechtswirksam entscheidenden privaten Schiedsgerichts. Hätten wir ein ordentliches zeitgemäßes Gewerkschafts- und gar ein gestärktes Tarifrecht, so wäre damit Genüge getan, daß ein die Schiedsgerichte einsehender Passus in den Korporativvertrag käme. Nun aber ist recht zweifelhaft, wie weit Korporationen nach § 152 für die Einzelnen bindend und rechtsverbindlich Verabredungen treffen dürfen. Es ist daher mindestens besser, daß sich außer der Koalition die Einzelnen binden, deshalb die Bestimmung, die Parteien des individuellen Arbeitsvertrages sollen sich auf das Schiedsgericht verpflichten. Hat der Arbeiter die Zustimmung seines Prinzipals,

daß er das Tarifschiedsgericht, statt des G.-G., anerkennt, so ist dessen Zuanpruchnahme Bestandteil des Inhalts des Arbeitsvertrages und damit unveränderbar des bürgerlichen Rechts geworden. Um das G.-G. ersetzen zu können und Schiedsgerichte im Sinne des bürgerlichen Rechts zu sein, müssen dann natürlich die Tarifschiedsgerichte resp. deren Berufungsinstanzen einen unparteiischen juristischen Vorsitzenden haben.

Weit schwieriger noch als dieser schon genügend komplizierte Umweg ist das Verfahren, das Tarifschiedsgericht in Streitigkeiten zuständig zu machen, die nicht Gegenstand des schon eingegangenen Arbeitsvertrages sind. Die eben erwähnte Individualbedingung muß hier unterbleiben, weil erst durch Eingehen des Arbeitsvertrages die Individuen rechtlich erreichbar werden, diese Tarifbrüche aber dem Abschluß des individuellen Arbeitsvertrages vorausgehen, resp. im Anschluß tarifwidriger Arbeitsverträge bestehen. Wie kann das Tarifschiedsgericht den Abschluß tarifwidriger Arbeitsverträge rückgängig machen und den organisierten Tarifbruch durch tarifwidrige Aufforderungen usw. verhindern? Hätten wir die juristische Person für unsere Gewerkschaften, so wäre das Problem gelöst, denn rechtsverbindlich würde dann einfach die Organisationsvertretung für ihre Mitglieder festlegen, daß sie dem Vertrag und der Bemühung seiner Schiedsinstanzen unterworfen sind. Im Falle des Zuwiderhandelns stünden der Gewerkschaft, wie heute schon dem Unternehmerverbande, alle Zwangsmittel bürgerlichen Rechts gegen vertragsbrüchige Mitglieder zur Verfügung, Verurteilung, Verhängung von Konventionalstrafen und Haftbarmachung, sowohl für den der eigenen, wie den der Gegenpartei zugefügten Schaden. Gewerkschaften dürfen aber nicht durch Zwang auf ihre Mitglieder zur Beteiligung an Gewerkschaftszweck einwirken, das untersagt § 153 der G.-O. Es bleibt also nichts übrig, als der moralische Druck, der ausgeübt werden kann durch alle möglichen geistigen Zuchtigungsmittel der Organisation, endlich den Ausschlag. Die Gegenpartei dagegen, die Arbeitgeber, können sehr wohl tarifbrechende Organisationsmitglieder zur Rechenschaft ziehen, wie auch tarifbrechende Organisationen, das aktive Prozeßrecht ist nämlich der Gewerkschaft verweigert, als solche kann sie nicht klagen, dagegen hat die glatte Gesetzgebung ihr das passive Prozeßrecht, das Recht verklagt zu werden, großzügig gelassen. Wahrscheinlich läßt sich übrigens nach heutigem Recht auch ein Klagerrecht der Gewerkschaft, d. h. nicht als solcher, sondern der Tarifkontrahenten auf Arbeiterseite gegen vertragsbrechende einzelne und korporierte Arbeitgeber konstruieren. Die Rechtslage ist also ziemlich verworren: Arbeitgeber können gegen ihre eigenen Organisationsgenossen, resp. Mitarbeiter, aus ihrem Lager und gegen die einzelnen Arbeiter oder organisierten Tarifbrecher im Arbeiterlager vorgehen, Arbeiter hingegen können nicht gegen ihre Organisationsmitglieder, wahrscheinlich auch nicht in ihrer Eigenschaft als Vertreter in der Tarifgemeinschaft gegen tarifunterstellte Kollegen, wohl aber ziemlich sicher gegen einzelne und korporierte Unternehmer vorgehen. Dies können sie aber eben nur als Kontrahenten des Tarifvertrages, nicht als Gewerkschaft. Wenn also auch dazu kommt, daß die Kontrahenten beiderseits das Tarifschiedsgericht als kompetent in korporativen Streitigkeiten anerkennen, so ist doch immer noch fraglich, wie weit die Arbeiter mit Rechtsdruck auf die Einigung dieser Bestimmung in ihren eigenen Reihen drängen können. Immerhin empfiehlt sich im Korporativvertrag festzusetzen, daß das Tarifschiedsgericht als die berufene Instanz zur Beilegung aller aus dem Korporativabkommen entstehenden Streitigkeiten rechtlich anerkannt wird.

Die Schwierigkeit der Rechtslage in diesem Punkte hat Schall dazu geführt, die Streitigkeiten, die nicht in die Sphäre des individuellen Arbeitsvertrages fallen, und wie oben geschildert, vor das Tarifschiedsgericht gebracht werden können, einfach dem Einigungsamt des G.-G. zu überweisen. Das bedeutet aber bei der heutigen Ausgestaltung des G.-G. (Gewerbegerichtsgesetz) wenig, denn Rechtsverbindliches kann das Einigungsamt nicht beschließen und denselben moralischen Druck, den es ausüben würde, übt in vielen Fällen wirksamer ein Tarifschiedsgericht oder zentrales Tarifamt aus. Anders, wie schon oben angedeutet, wenn man dem Einigungsamt für solche Fälle rechtsverbindliche Entscheidungsbefugnis durch eine Reform des G.-G. zuprüche. Aber wenn schon gesetzliche Reformen, warum dann nicht die viel zweckdienlicheren Tarifschiedsgerichte anerkennen und ihre Tätigkeit regeln?

Wir möchten also unsere Forderungen dahin zusammenfassen: Beibehaltung der heutigen G.-G. unter zeitgemäßer Ausgestaltung ihrer Verfassung und Verleihung der Autorität ordentlicher Gerichte, Konserrierung des unverbindlich friedensfindenden, also vermittelnden Charakters oder Einigungsämter und Schaffung eines Tarif- und Gewerkschaftsgesetzes, das die T.-S.-G. zu den legitimen Organen tariflicher Rechtspflege erhebt.

Dr. F. S.

# Jahresbericht des Bezirks Nürnberg.

Das Krisenjahr 1908 hat seine Schatten auch noch auf das Jahr 1909 geworfen. Trotz des strengen Winters, wo lange Zeit die Bautätigkeit allerorts ruhte, war doch im Frühjahr eine schlechte Baukonjunktur vorhanden. Erst im Mai konnte man sagen, daß die Bautätigkeit wieder im vollen Gange sei. Gut war die Konjunktur in Bamberg, Grafenwöhr, Forchheim, Hammelburg und Schwandorf. In Bamberg waren öffentliche Gebäude, ein großes Warenhaus und verschiedene Arbeiterwohnhäuser die Ursache der guten Konjunktur. Auf den Truppenübungsplätzen Grafenwöhr und Hammelburg herrschte durch Kasernenbauten eine sehr rege Bautätigkeit. In Grafenwöhr wurden allein auf dem Truppenübungsplatze nahezu 100 Bauten aufgeführt. Wie überall, so auch hier konnten es die „frei“ organisierten Maurer aus Wipac nicht unterlassen, durch ihre „legensreich“ Affordbarkeit auch dort die Bewegung zu hemmen und Uneinigkeit unter die Kollegen zu bringen. In Nürnberg, Amberg, Bad Rissingen, Schweinfurt, Erlangen und Weiden hatten wir eine mittelmäßige Konjunktur. Schlecht war dieselbe in Kitzingen, Würzburg und Neumarkt. In Schweinfurt ließ im Herbst die Bautätigkeit verartig nach, daß eine große Arbeitslosigkeit eintrat. Durch diese Umstände sowie auch durch die Organisationslosigkeit, welche sich bei einem großen Teil unserer Kollegen bemerkbar machte, konnte der Mitgliederzuwachs nicht eintreten, welchen wir erhofft haben. Verschiedene Kollegen, welche früher große Dienste und Opfer für die Organisation geleistet haben, ziehen sich zurück, ja weigern sich sogar, noch irgend einen Posten zu übernehmen. Die Kleinagitation wird in manchen Verwaltungsstellen als überflüssig betrachtet, man glaubt, nur in Versammlungen können Mitglieder gewonnen werden.

Neugegründet wurden die Verwaltungs- bzw. Bezirksstellen: Dintelsbrühl, Stettbach, Neudenroth, Roding, Memmelsdorf, Grafenwöhr, Hammelburg, Eichenbach, Lohr, Lautenbach, Hirsbach, Gammelsdorf, Erdbendorf. Aufgelöst haben sich: Weising, Stadtschwarzach, Wendling, Windischschwarzach, Neudenroth und Roding. Die beiden letztgenannten wurden in der beitragsfreien Zeit gegründet und lösten sich im März wieder auf.

Durch die Neugestaltung des Keramarbeiterverbandes in den Zentralverband christlicher Keram- und Steinarbeiter sind die Steinarbeiterzahlstellen Maibach mit 21, Kitzberg mit 9, Marloffstein mit 29, Gehlitz mit 9, Kapberg mit 36, Nabburg mit 17, Runding mit 25, Windischschwarzach mit 5, Breitbrunn mit 135 und Wunsiedel mit 24, insgesamt 310 Mitglieder übergetreten. Außerdem haben wir in Cham 116 Sägearbeiter dem christlichen Holzarbeiterverband überwiesen. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des 4. Quartals 1908 1223, des 2. Quartals 1909 783 und am Schlusse des 4. Quartals 1909 813 Mitglieder. Rechnen wir die Stein- und Sägearbeiter dazu, so ergibt sich ein Zuwachs von 16 Mitgliedern. Mit diesem Erfolg können wir auf keinen Fall zufrieden sein, denn unsere Hoffnung, die überwiesenen Mitglieder durch neue Kollegen zu ersetzen, hat eine große Enttäuschung erlitten. Im Gegensatz zu der Mitgliederentwicklung kann konstatiert werden, daß die Geschäfts- und Kassenführung im allgemeinen eine gute gewesen ist. Die Beitragserhöhung von 5 und 10 Pf. pro Woche wurde fast überall durchgeführt. Wo in einzelnen Fällen dieses nicht durchgeführt wurde, muß es in diesem Jahre nachgeholt werden.

Lohnbewegungen wurden im Bezirke in 6 Orten geführt. An denselben waren 193 Kollegen beteiligt. In Forchheim und Würzburg kam es zum Streik, in Bamberg, Bad Rissingen und Stettbach wurde auf friedlichem Wege eine Einigung erzielt. In Kitzingen mußte infolge der ungünstigen Baukonjunktur von der Durchführung der Lohnbewegung Abstand genommen werden. Nachstehende Tabelle veranschaulicht die Erfolge bei den Lohnbewegungen:

Nr.	Verwaltungs- bzw. Zahlstellen	Mitgliederzahl	bezahlte Arbeitszeit	Stundenlohn				Erlöse	Streitkosten		
				Maurer	Stm.	Bauarb.	and.				
1	Bamberg	28	9 1/2	42	46	38	42	29	33	ja	—
2	Forchheim	35	10	34	38	—	—	26	30	—	650/20
3	Kitzingen	24	10	40	42	—	—	—	—	ja	—
4	Stettbach	42	10	40	42	—	—	30	32	—	—
5	Würzburg	64	10	45	47	—	—	36	37	—	2989/50

Ueber den Verlauf der einzelnen Lohnbewegungen haben wir bereits schon früher berichtet, doch ist es notwendig, noch einzelne Punkte anzuführen. In Forchheim stellten sich die Unternehmer auf den Standpunkt, daß keine Lohnhöhung sowie auch keine Verhandlung notwendig sei. Sie begründeten dieses damit, daß sonst das ganze Baugewerbe „ruiniert“ würde, denn kein Mensch würde mehr etwas bauen lassen. (?) Letzteres ist aber nicht eingetroffen, denn trotz der Lohnhöhung von 4 Pf. war im Herbst eine ganz gute Bautätigkeit vorhanden.

In Würzburg kam den Unternehmern die schlechte Konjunktur zu Hilfe, ihre Nachgebühren gegen die Organisation auszuüben. Wegen einer Sperre von Seiten der „freien“ Bauhilfsarbeiter erfolgte am 22. Mai die Aussperrung auf unsere Lohnforderung. Die Herren Unternehmer mußten aber einsehen, daß die Organisation nicht so leicht vernichtet werden kann, ja daß sie auch eine Lohnhöhung ganz gut zu leisten imstande sind.

In Stettbach (Verwaltungsstelle Würzburg) bekam der Unternehmer Kenntnis, daß wir eine Lohnforderung stellen wollen und legte freiwillig 2 Pf. pro Stunde zu. Die Kollegen waren damit zufrieden, so daß eine Lohnforderung sich erübrigte.

In Kitzingen sind unsere Kollegen schon seit Jahren bemüht, ihre schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse einigermaßen zu verbessern. Dieses scheiterte aber immer daran, daß von den Bauarbeitern über 70 Prozent Böhmen sind, welche aber keiner Organisation zugänglich waren. Im Juni fand nun von Seiten des „freien“ Gewerkschaftskartells eine Bauarbeiterversammlung statt, in welcher ein in Reichratsabgeordneter aus Böhmen referierte. Bei der Gründung des „freien“ Verbandes wurde auch gleichzeitig eine Lohnforderung gestellt. Unsere Organisation wurde dabei vollständig ignoriert. Nachdem die Unternehmer keine Zugeständnisse machten, endete diese „gut vorbereitete“ Bewegung wie das Hornberger Schießen. Hier haben sich wieder einmal die schönsten sozialdemokratischen Sprüche nicht in die Praxis umsetzen lassen.

Die Durchführung der Tarife ist, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, eine befriedigende. Der Bauarbeiterlohn läßt immer noch viel zu wünschen übrig. Besonders auf dem Lande und Kleinstädten sieht es in dieser Beziehung traurig aus. Man hat hier wohl die Unfallversicherungs- und oberpolizeilichen Vorschriften schon auf dem Papier, aber in der Praxis sieht man sehr wenig davon. Hier mit Hilfe zu schaffen, muß Aufgabe des jeden Kollegen sein. Die Betätigung der Kollegen bei sozialen Wahlen sieht oft sehr flau aus. Es scheint, als wenn die Kollegen diesen wichtigen Ämtern nicht die gebührende Aufmerksamkeit schenken, sonst müßte die Maßbeteiligung in vielen Orten eine regere sein.

Das Verhältnis zu den konfessionellen Arbeitervereinen ist ein gutes und gegenseitig unterstützendes. An vielen Orten haben Arbeitervereine und Gewerkschaften gemeinsame Unternehmungskurse eingeführt, um die Kollegen in geistiger Weise zu schulen.

Das Verhalten der „Herren Genossen“ gegenüber unseren Kollegen ist immer noch ein sehr gewisses. Alle möglichen und unmöglichen Dinge, wie Reichsfinanzreform u. dgl., wer-

den benutzt, um unsere Organisation zu vernichten. Doch sind bis jetzt alle Versuche gescheitert. Der christliche Gewerkschaftsgedanke ist viel zu tief in unseren Kollegen eingewurzelt, als daß sie sich von einem roten „Arbeiter-vertreter“ einfangen lassen.

Im Berichtsjahre wurden vom Bezirksleiter 176 Versammlungen und 83 Sitzungen abgehalten, außerdem 21 Kassenrevisionen vorgenommen. Der schriftliche Verkehr mit dem Bezirksleiter war ein sehr reger. Es gingen an Postsendungen ein: 251 Briefe, 283 Karten, 108 Drucksachen, 23 Pakete, 12 Telegramme und 19 Postanweisungen. Der Postausgang war: 256 Briefe, 329 Karten, 634 Drucksachen, 11 Pakete, 17 Telegramme und 23 Postanweisungen.

Bum Schlusse noch einen Blick in die Zukunft. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß uns die Arbeitgeber einen Kampf aufzwingen werden. Ueberall wird von Unternehmerseite jetzt schon Vorsorge getroffen, um für den Kampf gerüstet zu sein. Das Jahr 1910 wird die Entscheidung bringen, ob Unternehmergeherrschaft oder Arbeiterrechte den Sieg davontragen. Die Abstinenz der Unternehmer sollen uns eine ernste Mahnung sein, alles aufzubieten, um unsere Reihen, aber auch unsere Kassen zu stärken. Arbeiten wir in diesem Sinne, legen wir die alte Laubbett und Gleichgültigkeit ab, agitieren und kämpfen wir für unsere Organisation, dann wird es nicht schwer sein, aus diesem uns aufzwingenem Kampfe als Sieger hervorzugehen.

Den Vorstandsmitgliedern, Vertrauensleuten und allen Kollegen, welche im Berichtsjahre für die Organisation so eifrig gearbeitet haben, spreche ich meinen herzlichsten Dank aus, mit der Bitte, auch in diesem Jahre ihre bewährte Kraft wieder in den Dienst der Organisation zu stellen. Wenn auch mancher über die Laubbett verschiedener Kollegen oft verwirren könnte, so möchte er bedenken, daß nicht jeder Kollege zu erstem Streben veranlagt ist. Jeder Kollege aber, der es ernst meint mit unserer Bewegung, der möge arbeiten unter der Devise: „Ein Vorwärts immer, ein Rückwärts nimmer!“

Nürnberg. R. L. Sommer, Bezirksleiter.

## Rundschau.

**Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe.** Seit drei Jahren besteht zwischen dem Schneidergewerbe bestehenden Organisationen, dem Allgemeinen der freien Arbeiterverband für das Schneidergewerbe, den christlichen, sozialdemokratischen und den Christ- und Arbeitervereinen, ein Abkommen, welches neben Allgemeinen Bestimmungen über den Abschluß von Tarifverträgen auch die Bestimmung enthält, daß, sofern sich die örtlichen Zustände über den Abschluß eines neuen Tarifes nicht einigen können, nicht eher ein Kampfmittel in Anwendung gebracht werden darf, bis die Hauptvorstände einen Schlichtungsversuch unternommen haben. In organischer Fortentwicklung dieses Abkommens haben die beteiligten Organisationen ein einheitliches Tarifmuster eingeführt, welches bei den diesjährigen Lohnbewegungen erstmals zur Anwendung kam. Am 22. Februar traten die Hauptvorstände der obgenannten Organisationen zu einem Schlichtungsversuch zusammen. Die Verhandlungen nahmen drei Tage in Anspruch und haben eine völlige Einigung ergeben. In schlichten waren in diesem Jahre die Differenzen von 32 Orten. Mit Ausnahme von Breslau, wo der neue Tarifvertrag erst am 1. April in Kraft tritt, haben die neuen tariflichen Abmachungen an den übrigen Orten bereits vom 1. März ab Gültigkeit.

## Die Frau in der Wohnungsaufsicht.

In verschiedenen größeren Städten ist man in letzter Zeit dazu übergegangen bzw. hat in Aussicht genommen, Frauen zur Wohnungsaufsicht heranzuziehen. Welche Aufgaben eine solche Inspektorin zu erfüllen hat, entwickelt Dr. Else Conrad, die bis vor kurzem in Worms als Kreisinspektorin tätig war, in ihrem Jahresbericht für 1908/09. Fräulein Conrad hat den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf die Wohnungsinspektion gelegt. Diese, so führt sie in ihrem Bericht aus, besteht darin, den Sinn für die hohe gesundheitliche und ethische Bedeutung einer guten Wohnung zu wecken und zu verbreiten, die Bevölkerung dazu zu bringen, sorgfältiger bei der Wahl einer Wohnung vorzugehen und nötigenfalls einen etwas höheren Prozentsatz ihres Einkommens dafür anzulegen. Ferner gehöre es zur Wohnungsinspektion, den Sinn zur Ordnung und Sauberkeit zu stärken und den Hausfrauen die Notwendigkeit wirtschaftlicher Tüchtigkeit und die Tragweite dieser Eigenschaft im Hinblick auf das ganze Familienleben klarzumachen. ... Um recht mit Erfolg arbeiten zu können, sei allerdings eine pekuniäre Hilfe aus öffentlichen Mitteln nötig, doch sei nicht zu verkennen, daß auch eine Gefahr vorliege, daß mit reichlicher Gewährung von Hilfe das Verantwortlichkeitsgefühl der Bevölkerung gemindert werde. Den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit wird die Wohnungsinspektion ohne Zweifel darauf zu legen haben, die Leute zu lehren und anzuleiten, sich selbst zu helfen. In einem so wohlhabenden Lande wie Rheinpreußen, wo es an Arbeitsgelegenheit fast nie mangle, sei es regelmäßig für jeden möglich, durch eigene Kraft ein Kulturleben zu führen, es sei denn, daß ganz besondere Unglücksfälle über ihn gekommen seien; und wer den Stolz, die Tüchtigkeit, ja den Heroismus kennen gelernt habe, mit dem mancher schwer heimgekehrte Familie trotz ihrer widrigsten Umstände sich völlig selbstständig schlicht und recht durchzubringen verfolge, der wisse, es gehe, und die, welche nicht allein fertig würden, müßten es lernen, und dazu solle ihnen die Wohnungsinspektion helfen. Gelingen ihr das, so werde sie ihren Aufgaben mehr gerecht werden, als wenn sie mit Geldmitteln den Hausbesitzern helfe, ihren Pflichten nachzukommen. Nicht die Bevölkerung verwöhnen, sondern zu helfen, sie ethisch und kulturell zu heben, sei aus ihrer großen Verhargie aufzurütteln und ihr Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber ihren Angehörigen und gegenüber der Allgemeinheit zu stärken, das sei für die Wohnungsinspektorin die vornehmste und schönste Aufgabe!

## Armenunterstützung durch Landgewährung.

Dem an dieser Stelle kürzlich mitgeteilten Versuch der Stadt Posen, Armengeheimempfängern an Stelle der baren Unterstützung Land zum Gemüsehau zu überweisen, wird, wie der „Sozialen Praxis“ (Nr. 21) geschrieben wird, demnächst Königsberg i. Pr. folgen. Die Stadtgemeinde hat dort von einem ihr gehörigen Gelände 5000 Quadratmeter völlig fertig für den Gemüsehau herstellen lassen und wird sie demnächst verteilen. Zunächst werden 30 bis 40 Armengeheimempfängern Landstreifen überwiesen werden, und zwar sollen Witwen mit Kindern bevorzugt werden und Invaliden, die aber noch imstande sein müssen, das Land selbst bestellen zu können. Die Größe der Gelände wird sich nach der Zahl der Kinder oder der sonst vom Armengeheimempfänger zu versorgenden Personen und nach seiner ganzen wirtschaftlichen Lage richten. Eine Weitervermietung des überwiesenen Landes ist nicht statthaft. Wenn die Ackerflächen im Sommer bebaut sein und Erträge liefern werden, sollen den Armengeheimempfängern die Geldebeträge ganz oder teilweise gekürzt werden. Gelingen der Versuch, woran wohl nach den in Posen gemachten Erfahrungen kaum zu zweifeln ist, dann sollen später weitere Geländer für denselben Zweck bereit gestellt werden. Ähnliche Versuche sind auch in Straßburg im Elsaß im Gange.

**Schulspartassen.** Der Sparfuss soll schon in frühesten Jugend angewendet werden, wenn auch nicht bloß wegen des wirtschaftlichen

Vorteils, sondern auch aus sittlich-erzieherischen Gründen. Elternhäuser sollen die Kinder ihre Sparbüchse haben, in den Schulen sollen sie nicht nur durch den Lehrer in geeigneter Weise auf das Sparen hingewiesen werden, sondern den weichen Sparsinn auch praktisch betätigen können. Zu diesem Zwecke sind die sogenannten Schulspartassen ins Leben gekommen.

Es soll nicht gesehnet werden, daß sich gewichtige denken gegen diese geltend machen lassen, aber die Dichtbüchsen doch überwiegen; denn sonst würden sie in der nicht so große Erfolge gezeitigt haben. Wer weiß, wie die Froschen in die Automaten wandern, die nicht nur in Läden der Kaufleute, sondern auf den Straßen der Kleinstädter stehen, und zwar an Stellen, an denen die tagtäglich vorbeikommen, und stets aufs neue zum Kauf einladen, wird sich nur freuen, wenn die Kinder diese Zweckmäßiger anlegen. Bei den Schulspartassen herrscht das sogenannte Markensystem vor, während die Spartassen (ähnlich den Eisenbahnkassettens) mehr aus der Mode kommen da sie leicht verloren wurden. Die Marken zu 5, 10, 20 sind gummiert und werden auf eine Sparte (ähnlich Kleeblättern bei der Alters- und Invaliditätsversicherung) klebt. Ist die Karte beklebt, so wird sie gegen ein Spartebildchen eingetauscht. Einen einacher Weg schlägt neuere Methode ein, bei der die Froschen der Karte nicht klebt, sondern durch den Lehrer bei Entrichtung des Beitrags abgestempelt werden, so daß hier also die Marken ganz fallen. Allerdings fehlt diese Stempelung eine einheitliche des Sparbeitrags — entweder 10 oder 20 Pf. — vor aber dies dürfte auch aus anderen Gründen zu empfehlen immerhin kann man aber auch die eine Hälfte der Markfelder zu 10, die andere in solche zu 20 Pf. einteilen, so nur ein Stempel nötig ist. Zweckmäßig ist die Bestimmung, daß die erparten Gelder vor der Entlassung aus der Schule nicht ausbezahlt werden, außer mit bürgermeisterlicher Genehmigung in Fällen von Krankheit, Not u. dgl.

Bei den Schulspartassen dürfen die Spesen nur ganz gering sein; daher kommen als Nebenstütze, welche die Sparten in Einlagen umwandeln, nur gemeinnützige Anstalten Spar- und Darlehnskassen, Kreis- und Bezirksspartassen Betracht. Ferner ist zu ihrem Gedeihen erforderlich, daß Lehrer Interesse zeigt, die Mühe nicht scheut und mit großem Eifer zu Werke geht!

## Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Ludwigshafen (Zimmerer), Lügde (Schneider) über das Geschäft des Unternehmers Wiehe; derselbe in der abgelaufenen Periode inzulassen. Ratingen b. D. (Wau er Bauhilfsarbeiter), Steinhagen, gesperrt in Ziegenh. W. K. Hof Halle i. W.; der Arbeiter T. W. im W. igt sich, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen, Hannover (Arbeiter), Sperre über die Firma K. R. u. S. in Hannover. Bedachungs-Gesellschaft, Köln, gesperrt sind die beiden des Zwischenmeisters Kurtsbaum aus Worm. Zuzuzernhalten.

## Bezirk Köln.

Köln. Die Sperre über das Zimmergeschäft Philipp W. ist aufgehoben, da derselbe den Tarif anerkannt hat und alten Leute wieder einzustellen sich bereit erklärte.

## Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonst Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Organs. Nur kurze Mitteilungen können noch Montagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen die Mitglieder in ihrem Interesse darauf aufmerksam, daß am 13. März der zweite Wochenbeitrag fällig ist.

## Stuttgarter.

Mannheim. Am 20. Februar d. J. fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. War das Geschäftsjahr 1909 unseren Beruf in Mannheim kein voriges, so konnten wir dem 1. und 2. Punkt unserer Tagesordnung doch erkennen, auch in diesem Jahr unsere Zahlstelle im Vorwärtssprecher begriffen war. Kollege H. Fischer konnte in seinem Jahresbericht feststellen, daß gegen Schluß des Jahres sich die unbilligen Kollegen in unserm Beruf wieder mehr und mehr den Organisationen angeschlossen, was für das kommende Frühjahr uns von großer Wichtigkeit ist. Auch Kollege Weber gab seinen Kassenbericht ein erfreuliches Resultat. Der Kassenbestand beträgt 256 Mk bei einem Mitgliederbestand von 107 Kollegen. Ebenfalls wurde im Laufe des Jahres eine Steuerzuschussklasse für unsere Kollegen ins Leben gerufen. Aus Berichten über Kollegen konnte man erkennen, wenn auch Verzögerung in diesem Jahr ein mäßiger war, daß dem gut vorwärts gearbeitet wurde. In den Vorstand wurde gewählt die Kollegen Joseph Fischer als erster und Heinrich Fischer als zweiter Vorsitzender; Walter Weber als erster, Jakob Friedrich als zweiter Kassierer; Heinrich Kiefer als erster und Engelbert Buch als zweiter Schriftführer; Georg Fischer und Joh. Hossy zu Revisoren, Kollege Peter Fischer zum Kartotelegierten. Als Vertrauensmann wurde Kollege Rolf gewählt. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Nachdem einige lokale Angelegenheiten geregelt waren, mußte die Versammlung geschlossen werden, weil die Zeit zu weit vorrückten war. Dasselbe fand am Mittwoch, den 23. Februar ihren Fortgang. Zu dieser Versammlung waren sämtliche Kollegen erschienen. Der Tagesordnung war ein weiterer Punkt zugefügt, und zwar: „Wie verhalten wir uns gegenüber uns von den Meistern zugesandten Tarifen?“ Kollege R. Kartische hatte hierüber das Referat übernommen. Er umzog die einzelnen Paragraphen des zugesandten Tarifes in scharfer Kritik und kam in seinen Ausführungen zu dem Schluß, daß der Tarif für uns unannehmbar sei. In dem Entwurf für die ständige Stundenlöhne für Gipser und Stukkateure um 3 herabgesetzt. Der alte Lohn beträgt 68 und 65 Pf., jetzt und 62 Pf. Auch die Affordlöhne wurden im wesentlichen herabgesetzt. Jetzt erhalten wir für einen Quadratmeter Putz Pfennig, nach dem neuen Tarif sollen wir nur noch 22 erhalten. Ebenfalls soll der Tarif mitten im Winter, 1. Januar 1912, seinen Abschluß finden. Ganz modern diesem Tarif lag eine Begründung bei, worin die Meisternangaben, die alten Löhne infolge der schlechten Geschäftslage nicht mehr bezahlen zu können. Unsere Versammlung war jedoch ganz anderer Meinung, und kam mit den Ausführungen des Referenten darin überein, an dem von uns gemeinsam mit der „freien“ Organisation ausgearbeiteten von den Meistern zugesandten Tarif festzuhalten und alles aufzubieten, um denselben durchzusetzen. In diesem Tarif betru der Stundenlohn für einen selbständigen Stukkateur 73 mit einer Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde täglich. Wer hier in Mannheim die teuren Lebensverhältnisse und Arbeitsverhältnisse unseres Berufes kennt, der muß sich sagen, daß dies gewiß nicht zu viel verlangt ist. Zugleich wurde in der Versammlung eine Agitationskommission gewählt, welche unter den Indifferenten eine rege Agitation betreiben soll, um diese für die Organisation zu gewinnen, damit wir bis zu

April geschlossen besehen. Mit einem kurzen Mahnwort an die Kollegen und seiner Freude Ausdruck gebend über den guten Verlauf der Versammlung, schloß der Vorsitzende um 11 Uhr die Versammlung. Mit Stolz können wir auf diese Versammlung zurückblicken; herrschte doch in beiden Versammlungen eine große Begeisterung für unsere gute Sache.

**Maurer.**

**Altbudowitz.** Auf welche Art und mit welchen Mitteln hier in Oberschlesien gegen die christlichen Gewerkschaften gearbeitet wird, zeigen einige Vorkommnisse in Altbudowitz. Dasselbst war für den 2. Februar eine öffentliche Versammlung einberufen zwecks Gründung eines katholischen Arbeitervereins (Sty Berlin). Einberufer und Leiter der Versammlung war der Herr Pfarrer Riedel aus Altbudowitz. Der Referent, ein Arbeiter-Verträr Behrend aus Oppeln, versuchte die Anwesenden von der Wichtigkeit des katholischen Arbeitervereins zu überzeugen, wobei er hauptsächlich die Unterstützung des Vereins nicht genug loben konnte. Die Stellung des Vereins zu wirtschaftlichen Fragen freilich er kurz, indem er den Streit als Kampfmittel erwarb und für schädlich hielt. Es war aus seinem Vortrage jedoch nicht klar, ob der Verein nicht auch zugleich gewerkschaftlicher Verband sein soll. In der Diskussion sprach zunächst in freiergestalteter Weise ein zweiter Diskussionsredner, der sich das Wort. Ich wies auf die schon bestehenden Gewerkschafts-Organisationen hin und auf die Gegensätze, welche die christlichen Gewerkschaften von den „freien“ trennten und empfahl allen Arbeitern, welche auf christlichem Standpunkt ständen, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen, welche die Interessen der Arbeiterklasse in hervorragender Weise vertreten. Der Herr Pfarrer Riedel antwortete, daß die christlichen Gewerkschaften genügt, um den Referenten zu veranlassen, sofort das Wort zu nehmen und mit dem Aufwand aller seiner Lungenkraft eine gegen die christlichen Gewerkschaften gerichtete Rede zu halten. Er bemühte sich krampfhaft, in Schwelch gebadet, die christlichen Gewerkschaften herunterzusetzen. Das größte Verbrechen, welches die christlichen Gewerkschaften begingen, war seiner Ansicht nach das, daß sie bei wirtschaftlichen Bewegungen mit den „freien“ Gewerkschaften zusammengingen. In seinem Ueberbilde machte er den christlichen Gewerkschaften allerlei Vorwürfe, aber keine sachhaltigen, weshalb ich nach Schluß der Debatte keine Hauptpunkte richtigstellend und ganz entschieden zurückwies. Während des Vortrages herrschte musterartige Ruhe, in der Diskussion wurden Zwischenrufe gemacht, sowohl aus der Versammlung wie auch vom Referenten. Der Herr Pfarrer Riedel erklärte hierauf unter anderem, der zweite Diskussionsredner hätte zwar eine andere Meinung, aber er habe sehr sachlich gesprochen und er habe aus seinen Ausführungen noch manches gelernt. Er sagte ferner, daß er sich den Verein immer nur als Verein für katholischer Grundzüge zwecks geselligen Zusammenkommens gedacht habe. Er forderte hierauf alle diejenigen, welche sich nicht aufnehmen lassen wollten, auf, sich zu entfernen, was auch von der Mehrheit der Versammlung befolgt wurde. Am Sonntag, den 27. Februar, machte der Herr Pfarrer Riedel in der Kirche u. a. auf die erste Mitgliederversammlung des Vereins aufmerksam, und er mißbrauchte hierbei die Kanzel, um gegen die christlichen Gewerkschaften unwahre und unberechtigte Behauptungen aufzustellen. Er erklärte u. a.: „Es ist eine Tatsache, daß unsere katholischen Arbeiter in den interkonfessionellen Gewerkschaften von den Andersgläubigen bedrückt und betrogen werden.“ Ferner sagte er, daß in der Versammlung nur ruhige, anständige Leute Zutritt hätten. Es wäre in der Versammlung am 2. Februar von solchen jungen, unvernünftigen Leuten über Streiks und dergleichen sehr viel Unsinns geschwätzt worden. Dies sagte derselbe Herr Pfarrer Riedel, der am 2. Februar in bezug auf meine Person sagte: „Er hat sehr sachlich gesprochen.“ Diese Wahrheit wird dem Herrn Pfarrer Riedel wohl bewußt sein. Es wäre sehr angebracht, wenn der Herr Pfarrer Riedel angeben würde, wo und wiefern die katholischen Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften bedrückt und betrogen werden. Für alle katholischen Arbeiter von Altbudowitz und Umgegend kann es aber nur die eine Parole geben: Sühne in die christlichen Gewerkschaften, um für Menschenrechte und Menschenwürde zu kämpfen und dem arbeitverräterischen Treiben der katholischen Fachabteilungen ein Ende zu machen und bessere Verhältnisse für die Arbeiterschaft in Oberschlesien zu schaffen. Paul Bialucha.

**Berlin.** Die Zahlstelle der Maurer hielt am 25. Februar eine gut besuchte außerordentliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: „Regelung der Beiträge“. Voll. Garsch gab einen allgemeinen Situationsbericht über die jetzige ernste Lage im Baugewerbe. Redner streifte die Entwicklung der Tarifverträge, welche zu Anfang den drückenden Verhältnissen angepaßt waren. Nachdem aber die Arbeitgeber darauf hinarbeiteten, daß sämtliche Verträge an einem bestimmten Termin abzulaufen, so ist in Konsequenz dessen anzunehmen, daß die Arbeitgeber, wenn es nicht nach „ihrem Willen“ gehen sollte, etwas gegen die Arbeitnehmer zu unternehmen gedenken. Daß dem so ist, das beweisen zur Genüge die Berichte aus den einzelnen Bezirken der Arbeitgeber. Aus denselben geht deutlich hervor, daß die Arbeitgeber sich auf einen Kampf vorbereiten, der aber unterbleiben kann, wenn eine Einigung über die Grundlage des Mustertarifs zustande kommt. Allerdings nur unter der Voraussetzung kann dieses geschehen, wenn die Wünsche der Arbeitnehmer diesbezüglich Berücksichtigung finden werden. Von diesem Gesichtspunkte aus, wie die Verhältnisse jetzt liegen, müssen wir auf alles gefaßt sein. Deshalb sei es am Platze, darüber zu reden, ob der bisherige Beitrag beibehalten oder erhöht werden soll. Der Vorstand hat sich eingehend damit befaßt und schlägt eine dementsprechende Erhöhung zur Stärkung der Lokalkasse vor. Voll. Gottlieb Müller bespricht das Nähere die örtlichen Verhältnisse und macht verschiedene Vorschläge. Die Diskussion war eine ausgedehnte. Hauptsächlich gingen die Meinungen auseinander über die Höhe des zu zahlenden Beitrages. Sämtliche Redner waren sich darüber einig, daß nach dieser Hinsicht etwas getan werden muß, wenn es auch manchem Kollegen schwerfalle. Nachdem die Sachlage geklärt, wurde über die Vorschläge per Stimmentel abgestimmt. Das Resultat ergab: Der Beitrag wird vom 1. März ab von 75 auf 90 Pf. pro Woche erhöht, mit der Motivierung, daß 70 Pf. an die Zentralstelle abgeliefert und 20 Pf. der Lokalkasse zuzuführen. Der Beitrag wurde deshalb so hoch bemessen, weil jedenfalls der nächste Verbandstag eine Minderung in der Beitragsfrage vornehmen wird. Nachdem die Abstimmung bekanntgegeben war, ernannte Kollege Garsch, den Beschluß sich zu eigen zu machen; es sei der beste Beweis dafür erbracht, daß der Opfermut nicht nachläßt. „Denn es kämpft sich nicht schlecht, für Freiheit und Recht.“ Nach einigen internen Angelegenheiten wurde die Versammlung nachts 12 1/2 Uhr mit einem Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung geschlossen.

**Buer.** Am Samstag, den 19. Februar, fand unsere Generalversammlung der Zahlstelle statt, welche sich eines guten Besuchs erfreute. Nach einem kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr, den der Vorsitzende sowie der Kassierer erstattete, schritt man zur Neuwahl des Vorstandes. Als Vorstandsmitglieder wurden folgende Kollegen gewählt: 1. Vorsitzender Franz Wülfelsfeld, 2. Johann Schneider; 1. Kassierer Fritz Schmidt, 2. Johann Jäger, als Schriftführer Franz Reuter und Julius Moritz. Mit eindringlichen Worten ernannte alsdann der Kollege Wülfelsfeld alle Anwesenden gemeinsam im laufenden Geschäftsjahre zu arbeiten an der inneren und äußeren Ausbaurung unserer Zahlstelle. Da die Konjunktur im allgemeinen eine bessere wird und ganz besonders in Buer eine rege Bautätigkeit herrscht, müssen alle hier an die Arbeit gehen und rege Agitation auf den Baustellen betreiben. Der neu gewählte Vorstand ver-

sprach rege Mitarbeit zu leisten. Nach Erledigung einzelnen geschäftlicher Angelegenheiten wurde alsdann die Versammlung geschlossen.

**Duisburg.** Am Sonntag, den 20. Februar, fand im Lokal Haus die Jahresgeneralversammlung der Verwaltungsstelle statt. Aus dem Quartalsbericht ist zu entnehmen, daß durch die Besserung der Konjunktur, speziell in Duisburg und Mülheim, die Kassenverhältnisse sich wesentlich besser gestaltet haben, als im 4. Quartal 1908. Doch gab es eine Anzahl kleinerer Orte, wo die Bautätigkeit vollständig darniederlag, die dort beschäftigten Kollegen zum großen Teil abtreiben. Hauptsächlich traf dies auf der linken Rheinseite, Hochemrich, Märs usw., zu. Aus dem Jahresbericht ergibt sich, daß durch die Auflösung der Verwaltungsstelle Hamborn-Märs, der Verwaltungsstelle Duisburg die Orte Kuchort, Homberg, Märs zugeteilt wurden. Doch ist durch die Angliederung dieser Orte, in welchen eine sehr schlechte Konjunktur herrschte, auch eine große Fluktuation der Mitglieder zu bemerken. Um eine gründliche Bearbeitung der Verwaltungsstelle durchzuführen, fehlt es durchweg an der Mitarbeit der Kollegen, und andererseits ist das Gebiet zu groß. Die Konjunktur war im Anfang des Jahres 1909 eine gute zu nennen, doch sank dieselbe schon im 2. Quartal ganz bedeutend herab. Aus den statistischen Monatsberichten der Großstadt Duisburg ist zu entnehmen, daß vom Januar bis Oktober 1909 837 Baueraufträge gegen 936 im Jahre 1908 erteilt wurden. In Hochemrich, Kuchort, Homberg und Märs, wo die Bautätigkeit hauptsächlich von der Eisen- und Kohlenindustrie abhängig ist, lag dieselbe teils vollständig brach; auch ist vorläufig keine Besserung zu erwarten. In Mülheim lagen die Verhältnisse etwas besser, indem auf kommunalen wie privaten Gebieten eine dauernde Besserung wahrzunehmen war. Die Mitgliederzahl erreichte gegenüber dem Vorjahre eine kleine Steigerung, welche wohl besser ausgefallen wäre, wenn die Mitarbeit der Kollegen nicht gesunken hätte. Die ganze Agitation ruhte in den Händen weniger Kollegen; in den kleineren Orten sind es gewöhnlich 1-2 Kollegen, welche die ganze Arbeit verrichten. Sehr erschwert wird die innere Verwaltung der einzelnen Zahlstellen durch den ständigen Wechsel der Hilfskassierer. Das beste Mittel, die Uebelstände nach innen und außen zu heben, das Baudelegiertenwesen, findet sehr wenig Anklang bei den Kollegen. Sie arbeiten ruhig mit den Indifferenten zusammen, aber über die Organisation und ihre Einrichtungen wird in keiner Pause gesprochen, ja, manchmal beherrschen diese die Situation auf der Arbeitsstelle. Ein großer Fehler ist, daß die übrigen Kollegen auf den Arbeitsstellen den Baudelegierten gegenüber zu wenig Solidarität zeigen. Man läßt sie sehr oft im Stich bei der Regelung von Mißständen und verläßt ihnen dadurch ihren Posten, was sehr zum Nachteil der Organisation gereicht. Lohnbewegungen hatten wir wenige, welche alle resultatlos verliefen, so bei der Firma Strupp in Hochemrich. Dort hatten die Kollegen im Jahre 1907 eine Lohnerhöhung von 6-7 Pf. pro Stunde ohne Schwere erreicht, aber die Uneinigkeit, der Haß und gegenseitiges Demütigen der Kollegen machte es der Firma leicht, den gewünschten Abzug vorzunehmen. Leider gibt es dort noch Maurer, welche aus dieser Knochenmühle nicht herausgehen, selbst wenn sie 4 Pf. pro Tag bekommen. Die übrigen traten wohl der Organisation nach der Lohnreduzierung sofort bei, als aber der gewünschte Erfolg nicht sofort kam, kehrten sie uns wieder den Rücken. Ebenso war es bei der Firma Schulze & Knandt, sowie Döhl in Essen. Dort waren es ebenfalls die Indifferenten, welche uns unsere Arbeit illusorisch machten. Die Sperre bei der Firma Pajmann in Styrum verlief so ziemlich im Sande. Bei der Firma Thyssen, wo den Kollegen im Stahlwerk ebenfalls eine Reduzierung angeboten wurde, legten nach gemeinsamem Beschluß unsere Kollegen die Arbeit nieder, was man aber von den übrigen organisierten Maurern nicht behaupten kann. Die Einhaltung der Vertragsbestimmungen läßt allgemein viel zu wünschen übrig, gerade in bezug auf Einhaltung der Arbeitszeit in den Herbst- und Wintermonaten. Es gibt da noch eine Menge Unternehmer und Posiere, ebenso auch Maurer, die es nicht begreifen können, daß die Arbeitszeit stufenweise geregelt wird, verlangen vielmehr vollständige Freiheit für 12-15 Stunden. Die Entnahmen entsprachen nicht voll und ganz den Erwartungen, was auf die große Fluktuation der Mitglieder, den mehrfachen Wechsel der Hilfskassierer, sowie die laue Mitarbeit der Baudelegierten zurückzuführen ist. Andererseits gibt es auch heute noch Kollegen, welche gewöhnlich 3-9 Wochen rückständig sind, dann abtreiben und in der Heimat eine um 30-35 Pf. billigere Marke leben. Der angeordnete Sparstich der Kollegen kommt hierbei sehr zum Ausdruck. Wollen wir unsere Stützpunkt dem Unternehmertum gegenüber nicht verlieren, so muß die Opferwilligkeit der Kollegen eine bessere werden. — Die Korrespondenz erfuhr durch die Ausdehnung eine wesentliche Steigerung. Der gesamte Eingang betrug 729, der Ausgang 1543. Mitgliederversammlungen wurden besucht 174, Vorstandsvorsitzungen 6, Kassenrevisionen 51, dergleichen fanden 6 Kassenrevisionen statt. — Soziale Wahlen wurden 7 getätigt, wobei die M.-Broicher Krankenkassenwahl und die im Herbst getätigte Wählerwahl der unteren Verwaltungsbehörde, sowie der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung von Erfolg für uns waren. Schlichtungskommissionen wurden 13 und Einigungsamtstiftungen 2 beauftragt. Die hauptsächlichsten Streitpunkte waren Nichteingahlung der Arbeitszeit und Zahlung eines niedrigeren Lohnes. Gewerbegerichtstermine fanden 9 statt, erzielt wurden 238,35 Pf.; Krankenkassenklagen wurden 8 ausgefochten, wobei 335,17 Pf. erzielt wurden, und durch die Schlichtungskommissionen wurden 110,20 Pf. errungen, insgesamt 716,82 Pf. Einige Klagen wurden verloren, was aber der Saumseligkeit der Kollegen zuzuschreiben war, weil sie gewöhnlich zu spät kamen, die gesetzlichen Fristen verstreichen ließen. Dergleichen wurden 21 Steuerreklamationen angefertigt, welche fast alle den gewünschten Erfolg aufwiesen. Durch den Arbeitsnachweis, gegen den unsere „Freunde“ der anderen Seite im Frühjahr 1909 ganz gewaltig loszogen, wurde den Kollegen 400 mal direkt Arbeit nachgewiesen. Ein sehr großer Teil der Kollegen hält es aber nicht für nötig, die Annahme der Arbeit auf dem Bureau zu melden, sonst wäre die Zahl bedeutend höher. Für die zureichenden und arbeitstüchtigen Kollegen bedeutet die direkte Arbeitsvermittlung einen großen Gewinn an Arbeitsverdienst. Leider wird von den Kollegen es sehr oft versäumt, die offenen Arbeitsstellen zu melden; alle Kollegen mögen sich letzteres zur Pflicht machen, jede offene Arbeitsstelle sofort zu melden; die entstehenden Unkosten werden vergütet, indem man eine Postkarte schreibt oder das Telefon 1848 in Anspruch nimmt. Den Kollegen, welche im Jahre 1909 tatkräftig an der Ausbreitung und Festigung unserer Organisation mitgearbeitet haben, sei an dieser Stelle gedankt. Mögen sich im Laufe dieses Jahres noch mehr solcher zielbewusster, opferwilliger Kollegen in unserer Verwaltungsstelle finden, welche bereit sind, an dem Ausbau unserer Organisation mitzuarbeiten. Dann werden wir am Ende des Jahres 1910 weitere Fortschritte zu verzeichnen haben. — Ueber unsere Lohnbewegung und Stellung von diesbezüglichen Anträgen gab unser Bezirksleiter, Voll. Koch, einen kurzen Ueberblick. Nach einer kurzen Diskussion über die gestellten Anträge wurde folgender Beschluß einstimmig gefaßt: „In den Monaten März und April wird zur Stärkung der Zentralkasse für die kommende Lohnbewegung der wöchentliche Beitrag um 10 Pf. erhöht, welche bei Ausbruch des Kampfes der Zentralkasse unverkürzt zugeführt werden; auch soll die Verwaltungsstelle bei Ausbruch des Kampfes der Zentral-

kasse zur Verfügung gestellt werden.“ Punkt 4 der Tagesordnung, „Agitation und Frühjahrsaufgaben“, mußte der vorerwähnten Zeit halber zurückgestellt werden. Nach einem kurzen Appell an die Delegierten, in ihren Zahlstellen anzuknüpfen zu wirken, damit alle Kollegen ihren erhöhten Beitrag pünktlich und gewissenhaft zahlen, sowie im Laufe des Jahres besser mitzuarbeiten als im vergangenen, schloß der Vorsitzende die Generalversammlung.

**Gronau.** Hier sind von einer Baugewerkschaft 5 Wohnhäuser zu vergeben und waren sie zu diesem Zweck öffentlich ausgeschrieben. Aber siehe da, auch nicht ein einziger Unternehmer hatte eine Offerte eingereicht, so daß die Häuser zum zweiten Male öffentlich ausgeschrieben werden mußten. Hiergegen verlegte man nun die in den Verhandlungen von den Unternehmern so oft aufgestellten Behauptungen, das keine oder nur wenige Arbeit in Aussicht steht. Auch in anderen Orten kann beobachtet werden, daß sie selbst das bauende Publikum zurückhalten von der Inangriffnahme der Arbeiten. Auch ein Beitrag zur Friedensliebe der Herren vom Bau.

**Heilsberg (Ostpr.).** Eine sehr gut besuchte Versammlung beschloß einstimmig, außer dem erhöhten Wochenbeitrag von 10 Pf., daß jedes Mitglied im Monat März einen Extrabeitrag von 1,50 Pf. zu zahlen hat. Einstimmig zugestimmt wurde der Erhöhung der Beiträge in Königsberg und Bischofsburg.

**Mannheim.** Am 13. Februar fand unter dem Vorsitz des Kollegen Heinrich Fischer die Generalversammlung der Verwaltungsstelle statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Kassenbericht, 2. Jahresbericht, 3. Vorstandswahl, 4. Verschiedenes. Kollege Weber erstattete Kassenbericht vom dritten und vierten Quartal. Die Einnahme für die Zentralkasse betrug 943,29 Pf., an die Zentralkasse abgesandt 350 Pf., Ausgaben für Krankenkassenunterstützung 369,70 Pf., somit bleibt an die Zentralkasse abzuliefern 223,59 Pf. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 1379,18 Pf., die Ausgabe 144,72 Pf., somit Kassenbestand der Lokalkasse 1234,46 Pf. Die Abrechnung wurde von den Revisoren für richtig erklärt, und wurde dem Kollegen Weber Dedargen erteilt. Im Jahresbericht warf Kollege Heinrich Fischer einen kurzen Rückblick über das vergangene Jahr. Bar daselbst von Lohnbewegungen verhandelt geblieben, so galt es hauptsächlich der Agitation u. dem inneren Ausbau der Zahlstellen. Und in der Tat, unsere Kollegen haben es verstanden, die ruhigere Zeit auszunutzen und sich zu schulen, um, wenn wieder ernsthafte Tage an uns herantraten, wie die Lohnbewegung, in der wir bereits stehen, auf dem Damm zu sein. Redner legte den Kollegen ans Herz, auch dieses Jahr treu zur Organisation zu stehen und die Indifferenten dem Verbanne zuzuführen. Wenn so jeder seine Pflicht tue und auf seinem Posten steht, wird der Sieg auf unserer Seite sein. Bei der hierauf vorgenommenen Vorstandswahl wurden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: Heinrich Fischer, erster, Peter Hallenhäuser (Käferthal), zweiter Vorsitzender; Valentin Weber, erster, Jul. Friedrich, zweiter Kassierer; August Fischer, erster, Math. Herrmann (Lampertheim), zweiter Schriftführer; Jakob Hallenhäuser (Käferthal), Joh. Heibig, Revisoren. Im Punkt Verschiedenes wurde unter anderem beschlossen, daß jede Zahlstelle sofort eine Hausagitation vornehme. Es mögen sich recht viele Kollegen in den Dienst der guten Sache stellen und zahlreich an der Hausagitation beteiligen.

**Romberg (Kreis Kirchheim).** Auf der Tagesordnung unserer Generalversammlung, die am 30. Januar stattfand, stand 1. Jahres- und Kassenbericht, 2. Bericht von der Verwaltungsstellen-Konferenz Allendorf, 3. Vorstandswahl, 4. Festlegung des Verbandslokals. Zunächst erstattete Kassierer Andreas Dippel den Jahres- und Kassenbericht. Die Einnahmen betragen 224,02 Pf., die Ausgaben 32,72 Pf. An die Verwaltungsstelle Allendorf wurden abgeführt 191,30 Pf. Der Mitgliederbestand am Schluß des letzten Quartals betrug 45 Kollegen. Zugewirbt waren 11, aufgenommen 4 Kollegen. Die Versammlung sprach dem Kassierer den Dank für die Mühe und Arbeit, die er der hiesigen Zahlstelle geopfert habe, aus. Nachdem die beiden Revisoren die Kasse geprüft und für gut befunden, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Ueber Punkt 2 berichtete Kollege Pfeifer. Der bisherige Vorstand wurde mitgeteilt. Es sind dies die Kollegen: Leo Sach, erster, Wilhelm Kaufmann, zweiter Vorsitzender; Andreas Dippel, erster, Johannes Kaufmann, zweiter Kassierer; Wilhelm Kaufmann, Leonhard Schmidt, Schriftführer; August Dippel und Heinrich Huber, Revisoren; Franz J. Mayer, Hauskassierer. Als Versammlungslokal wurde die Wirtschaft Wilhelm J. Schmidt bestimmt. Unter Berichtedes wurde der Versammlung mitgeteilt, daß laut Beschluß der Konferenz ein Lokalzuschlag von 5 Pf. pro Woche ab 1. März zu zahlen ist. Ferner wurde bekanntgegeben, daß die Verwaltungsstelle von jetzt an nicht mehr Allendorf, sondern Kirchheim-Treyha heißt, da der Arbeitgeberverband von Mitteldeutschland erklärt hat, für Kirchheim-Treyha einen Vertrag abzuschließen zu wollen. Kollegen von Romberg! Besonders jetzt müssen alle Kräfte angespannt werden, denn der Abwurf der gesamten Tarife im Baugewerbe soll von den Unternehmern zu einer Kraftprobe benutzt werden. Deshalb auf zu frischer, freudiger Arbeit für den Zentralverband christlicher Bauarbeiter. Ihm wollen wir unsere Kräfte widmen, um die Lage der Bauarbeiter zu verbessern. Es stehen uns noch sehr viele Kollegen fern. Ganz besonders sind es die Zimmerer von Romberg, die immer noch nicht den Mut haben, Mitglieder der Zahlstelle Romberg zu werden. Zum Schluß allen Kollegen Dank, welche durch ihren Pflichterfüllung zum Wohle des Verbandes mitgearbeitet haben. Mögen sie auch in Zukunft mitarbeiten, jeder nach seinen Kräften und Geistesgaben, damit der Arbeiterstand die Achtung bekommt, die ihm gebührt. Beherzigt die Worte und tretet Mann für Mann in die Agitation. Holt die Säumigen heran, damit der letzte Indifferente sich unseren Reihen anschließt. Nur dann lassen sich die errungenen Vorteile behaupten und neue hinzufügen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands wurde die Versammlung geschlossen.

**Reckersden.** Am 22. Januar hielt unsere Zahlstelle eine Versammlung ab, in welcher Kollege Zumbrodt über die gegenwärtige Lage im Baugewerbe referierte. Einleitend wies er auf die Bedeutung der gegenwärtigen Tarifbewegung im Baugewerbe hin, deren Größe und Umfang weit bedeutender sei wie in den Vorjahren. Nachdem schilderte er den Zweck und die Entwicklung der Tarifverträge und die Stellung der Arbeitgeber zu denselben. Aus dem Mustervertrag gehe hervor, wie die Unternehmer willens sind, durch die Agitationsklausel und Arbeitsnachweise die persönliche Freiheit des Arbeiters zu beschränken. Demgemäß sind auch die örtlichen Verhandlungen zwecks Verkauf. Zum Schluß ernannte er die Kollegen zu Beworbenheit und Mithilfe. Der Vorsitzende bedauerte, daß zwei Kollegen wegen Nichterfüllung ihrer Pflichten ausgeschlossen werden mußten. Am 11. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Jahresabrechnung, 2. Rückgabe der Bücher, 3. Vorstandswahl, 4. Erledigung verschiedener Anträge, 5. Lokalkasse und Verschiedenes. Die Einnahme der Verwaltungsstellenkasse betrug 524,35 Pf. An Krankenkassenunterstützung wurden 89 Pf. verausgabt. Der Lokalkassenbestand ist 174,75 Pf. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Danach wurden die Bücher zurückgegeben und zur Kenntnis gebracht, daß alles in guter Ordnung sei. In den Vorstand wurden gewählt: als Vorsitzende Karl Rittmeier und August Borchardt, als Kassierer Joseph Stilling und Leopold Senger, als Schriftführer Franz Bömede und Moys Schenk, als Revisoren Karl Fröhlich und August Rittmeier, in die Lohnkommission Karl Fröhlich, Moys Bant, Joh. Rittmeier und Karl Rittmeier.

Es wurde beschlossen, eine Bibliothek einzurichten. Als Lokal wurde das bisherige beibehalten. Der Vorsitzende gab bekannt, daß sich jeder Kollege vor der Abreise abmelden muß. Mit einem Koch auf das Waschen und Bühen unserer Zahlfeste wurde die Schwach besuchte Versammlung geschlossen.

Osterrhein. Am Dienstag, den 15. Februar, am Abende 8 Uhr, fand in unserm Verbandslokale bei Grestowitz am Söbberhof unsere Mitglieder-Versammlung statt. Obgleich sämtliche Kollege en durch Handzettel einelaben waren, ließ der Veranlassungsbefehl doch noch recht viel zu wünschen übrig. Kollege Heunle eröffnete die Versammlung und machte die Tagesordnung bekannt: 1. Bericht g des Kollegen Richter-Oberhausen. 2. Berichterstatter über die am 10. Januar stattgefundene Generalversammlung der Verwaltungsstelle Oberhausen. Aus dem Bericht ging hervor, daß im verfloßenen Jahre in gewerkschaftlicher Beziehung recht viel geleistet wurde. Es hätte mehr geleistet werden können, wenn die Konjunktur eine bessere gewesen wäre. Sodann besprach Kollege Richter die augenblickliche Lage. Da wir nicht wüßten, was uns die Zukunft brächte, so wäre es die heiligste Pflicht eines jeden Kollegen, seine ganze Kraft in die Dienste der Organisation zu stellen. Die anschließende Diskussion war recht lebhaft. Die nächste Versammlung findet am Dienstag, den 1. März, in obigem Lokale statt. Kollegen von Osterrhein und Umgebung! Ihr Wißt, um was es sich hier handelt! Wir müssen uns aufrichten! Lange, allzulange sind wir gleichsam mit gekrümmtem Rücken einhergegangen. Die meisten aus Furcht, persönlich für unsere gerechte Sache einzustehen. Gewiß, die meisten sind der fahnen ungerer Organisation nicht gerade untreu geworden Wohl verteidigten wir im großen und ganzen unsere Stellungen, aber wir sind nicht ausgezogen mit fliegenden Fahnen zum kühnen Eroberungszuge. Kollegen, es ist die höchste Zeit, das Versäumte nachzuholen. Set jeder von Euch ein Agitator, damit auch hier in Osterrhein baldigst kein Unorganisiertes mehr anzutreffen ist. Nur wenn wir einig, sind wir stark!

Fosen (Jahresbericht). Die gegen Ende des Jahres 1908 herrschende Arbeitslosigkeit hat bis Oftern in ihrem ganzen Umfange angehalten. Bis dahin hatten die meisten unserer Mitglieder noch keinen Pfennig verdient, manche hatten eine Arbeitslosigkeit von 18 und 24 Wochen durchzumachen. Auch der Sommer brachte uns kein befriedigendes Bild. Arbeitsuchende waren immer vorhanden und wäre nicht die lebhafte Tätigkeit in den kleineren Provinzialstädten gewesen, wo viele von den Fosenen Maurern und Zimmerleuten Unterkunft fanden, wären die Zustände noch trauriger geworden. Recht legernd wirkte der vom Kollegen Kranz ein-gerichtete Arbeitsnachweis, durch welchen vielen Kollegen Arbeit angewiesen werden konnte. Die Zahl der durch den Arbeitsnachweis Vermittelten belief sich im verfloßenen Jahr auf 217. Die Ziffer könnte noch höher sein, wenn nicht die niedrigen Löhne in der Provinz manchen abgehalten hätte. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres und im Herbst besserte sich etwas die Arbeits-gelegenheit. Da bei allen größeren Bauten Beton angewandt wurde, dehnten die Unternehmer die Arbeit bis auf 13 Stunden aus, ja bei Licht wurde gearbeitet. Erst nach Eingreifen der Organisationen ist es gelungen, wenn auch nicht allgemein, was höchst zu bedauern ist, die richtige Arbeitszeit wieder einzuführen. Daß bei solcher Sachlage das Organisationsleben, sowie die ganze gewerkschaftliche Betätigung schwer leidet, ist selbstverständlich und wenn dann noch Fortschritte zu verzeichnen sind, so liegt es nur an der unermüdblichen Kleinarbeit der Kollegen. Die Bauarbeiter in Stadt wie Land der Provinz Fosen sehen allmählich ein, daß sie sich nur einer einheitlichen christlichen Organisation anschließen müssen, wo bei energischer Vertretung ihrer Interessen ihre Ueberzeugung auf politischem und religiösem Gebiet respektiert wird. Zur Verteidigung der Verwaltungsarbeit haben vierzehn Mitglieder-versemmlungen, zwei außerordentliche und eine General-versammlung, ebensoviel Vorstandssitzungen, ferner fünf Haus-kassierer-sitzungen, eine Sächlich ungskommission und eine gemein-same Vorstandssitzung aller Organisationen, die am Vertrag be-teiligt sind, stattgefunden. In fast allen Versammlungen wurden zweideutliche Referate gehalten. In einer referierte ein Mit-glied des Zentralvorstandes. Die Sächlich ungskommission hatte sich mit der „Richtarbeit“ auf verschiedenen Bauten zu befassen, welche nach dem bestehenden Vertrage einstimmig als unzulässig erklärt wurde. In der gemeinsamen Vorstandssitzung wurden die Richtlinien zu der kommenden Lohnbewegung besprochen, an welchen auch Mitglieder der Zentralvorstände beteiligt waren und am 28. Dezember v. J. wurde zu dem am 31. März 1910 ab-laufenden Vertrag Stellung genommen und diesbezügliche Ver-besserungs-Anträge den Arbeitgebern unterbreitet. Außerdem nahm die Verwaltungsstelle an zwei Konferenzen durch ihre Delegierten teil. Der Versuch in allen diesen Versammlungen war ein schwacher, da muß in der Zukunft viel mehr Gewicht darauf gelegt werden. In der am 11. Januar v. J. stattgefundenen Generalversammlung wurde nach der Bekanntgabe des Berichtes über die Verhandlungen der Vorstand gewählt: als 1. Vorsitzender Kollege Jg. Krappwinski, als 2. Vorsitzender Kollege Karl Gemmig, als 1. Kassierer Kollege Frank, als 2. Kassierer Kollege A. Schach, zu Schriftführern wurden die Kollegen A. Gabler und St. Dudaß und zu Revisoren wurden die Kollegen B. Buchalst und Przybyski. Die Abrechnung des 4. Quartals, welche Kollege Kranz bekannt gab, zeigte folgendes Bild: Es wurden 65 Stück Eintrittsmarken, 4378 Beitragsmarken (einschließlich Arbeitsloste), 2 Extramarken, 641 Lokalmarken, 249 Agitationsmarken, 1 Ersatzbuch und 59 Futterale verkauft. Summa der Einnahmen 2208 M.; nach Abzug des Anteils der Lokallasse von 538,86 M. bleibt für die Zentral-lasse 1669,14 M. Hier von sind auf das Konto der Zentral-lasse am Orte ausgegeben worden: Für Rechtschutz an 5 Mitglieder 165,01 M., für Krankenunterstützung an 4 Mitglieder 58,90 M., für Maßregelungs- und Strafunterstützung an 11 Mitglieder 83,90 M., zusammen 307,81 M.; an die Hauptkasse wurden ab-gesandt 1361,33 M. Die Einnahme der Lokallasse (inkl. Bestand von 344,10 M.) betrug 882,96 M., der eine Ausgabe von 414,45 M. gegenübersteht. Bestand für 1910 468,51 M.; dieser Betrag ist auf der Hand hinterlegt. Die Entlohnung der Lokallasse war im Jahre 1909 eine recht günstige, wenn man bedenkt, daß vom Jahre 1908 noch Schulden vorhanden waren und das erste Quartal 1909 noch ein Defizit von 1,50 M. aufwies. Es muß in Zukunft über-haupt vielmehr Gewicht auf den Ausbau unserer Lokallasse gelegt werden. Der Jahresumsatz an Marken folgender: Es wurden 235 Stück Eintrittsmarken, 13 915 Beitragsmarken (einschließlich Arbeitsloste), 1164 Lokalmarken, 6 Extramarken, 395 Agitations-marken und 137 Futterale verkauft. Dies ergibt eine Gesamt-einnahme von 7000,50 M. Hier von entfallen auf die Zentral-lasse 5562,79 M. und auf die Lokallasse 1438,01 M. In der Haupt-lasse im Jahre 1909 5040,55 M. zugeführt und 522,24 M. in Rechnung. Hier von entfallen an Rechtschutz 165,01 M., Krankenunterstützung 212,60 M., Maßregelungs- und Strafunter-stützung 100,85 M. und an Sterbunterstützung 44 M., die Aus-gabe der Lokallasse betrug 969,50 M., verbleibt ein Bestand von 468,51 M. Die Mitgliederzahl betrug am Jahres-schluß 473; davon sind 428 Maurer, 3 Zimmerer und 16 Bauhilfsarbeiter. Die Zahlstelle Schneidemühl mit 38 Mitgliedern ist im Berichtes-jahre eine selbständige Verwaltungsstelle geworden. Trotzdem haben wir unsere Mitgliederzahl im 4. Quartal 1909 gegen das 3. Quartal 1908 um 1 Mitglied gesteigert; das bedeutet eine Zu-nahme von insgesamt 39 Mitgliedern. Außer den üblichen Arbeiten des Vorstandes wurden 67 Schriftsätze in Etensachen, Unfall, Krankenversicherung und sonstige Gesuche und Beschwerden vom Kassierer angefertigt. Zu jeder wichtigeren Veranstaltung der Verwaltungsstelle wurden Handzettel herausgegeben, deren Zahl sich auf 3-4000 belief. Der schriftliche Verkehr vollzog sich in 25 Eingängen und 737 Ausgängen. Im ganzen genommen war das Jahr 1909 ein arbeitsreiches, wofür auch die Erfolge nicht ausgeblieben sind. Wäre nicht die große Situation, sowie die

Interessenlosigkeit vieler Mitglieder, würden die Erfolge noch weit größere sein. Stelle daher ein jeder Kollege in dem neuen Jahre seinen Mann, dann können wir der Zukunft froh entgegensehen.

Rheine. Am 2. Februar tagte unser ordentliche General-versammlung, an der auch unser Bezirksleiter nach längerer Krankheit wieder teilnahm. Die Tagesordnung war: 1. Quartals- und Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Vortrag. Der Kassierer gab die Quartals- und Jahresabrechnung bekannt. Die gesamte Jahreseinnahme betrug 3321,55 M., die Mitgliederzahl am Schluß des letzten Quartals war 177. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Aus der Vorstandswahl gingen fol-gende Kollegen hervor: als Vorsitzende Wilhelm Koss und Ger-hard Weselmann, als Kassierer Bernhard Schlee und Gerhard Niehaus, als Schriftführer Hermann Ebers und Bernhard Holt-wies, als Revisoren Hermann Rudolf und Franz Wegmann, als Kartellbeauftragte fungieren wieder die Kollegen Koss, Niehaus, Mikrawitsch, Krüger, Striet und Weselmann. Die Versamm-lungen finden jetzt alle Monat statt und zwar in Verbands-lokale S. Herms. Kollege Müller richtete an den Vorstand und die Kollegen die Bitte, sich gegenständig zu unterstützen und zu befehlen. Hier auf kam Kollege Müller auf die diesjährige Lohn-bewegung zu sprechen, wie sie verlaufen wird, ist noch nicht klar, immerhin müssen wir uns aber auf einen Kampf vor-bereiten. Die Diskussion ließ zu wünschen übrig. In seinem Schlussworte eiferte Kollege Müller die Kollegen zu eifriger Agitation an; da in Rheine auch noch Judikanten vorhanden sind, wäre eine gründliche Hausagitation sehr zweckmäßig. Neben beurteilte das Verhalten einiger Kollegen, die erst im Verbands tätig gewesen sind, nachher, als sie so eine Art Stroh-geselle wurden, dem Verbande den Rücken lehten und sogar die Vertrauensmänner zum besten hielten. Am besten straff man solche mit Verachtung. Drum auf, Kollegen von Rheine, arbeiten wir zum Wohle und zum Geheiß unseres Verbandes.

Cock. Am Sonntag, den 6. Februar, hielt unsere Ver-waltungsstelle ihre erste Generalversammlung ab. Dieser war die Versammlung schlecht besucht, die Hälfte der Kollegen war nur anwesend. Trotz der kritischen Zeit können unsere Kollegen noch nicht zur Einsicht kommen. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Kassierenbericht und Jahresabschluss, 2. Vor-standswahl, 3. Antrag des Kassierers wegen Einbindens der Zentralblätter für die Bibliothek und Verschickens. Nach Er-öffnung der Versammlung erstattete der Kassierer J. Müller den Kassierenbericht, welchen die Revisoren für richtig befunden erklärten und die Entlastung des Kassierers beantragten. Der Schriftführer gab auch einen Ueberblick über das verfloßene Jahr. Dann wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Als erster Vorsitzender wurde Kollege F. Menaber wieder, als zweiter Kollege F. Ernst neugewählt; als Kassierer wurden die Kollegen J. Müller und W. Müller wiedergewählt, ebenso die beiden Schriftführer St. Henke und E. Klostermann. Als Haus-kassierer die Kollegen E. Klostermann und S. Samers, als Re-visoren die Kollegen Butter und Furbche. Dem Antrage des Kassierers wegen Einbindens der Zentralblätter wurde zuge-stimmt. Der erste Vorsitzende verlas einen Artikel aus der „Bau-gewerkschaft“ und knüpfte daran beherzigenswerte Worte und Ermahnungen an die Kollegen, auch so zu arbeiten und zu agieren, wie es uns die Arbeitgeber vormachen. Kollege J. Müller erwähnte die Kollegen, die rückständigen Marken und Extramarken zu liehen. Ein Kollege vom Metallarbeiterver-band legte eine Sammelliste vor für die inhaftierten Kollegen aus dem Streik von Rheinfelden (Baden). Alle Kollegen zeich-neten einen Beitrag.

Bierheim. Am Sonntag, den 6. Februar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Kassierer gab den Kassierenbericht von 1909 und wurde ihm Entlastung erteilt. Dann ging es zur Wahl des Vorstandes. Es wurden gewählt: Johann Mandel als erster Vorsitzender und Mich. Pool als zweiter, Johann Pellig als erster und Georg Schneider als zweiter Kassierer, Jakob Sander als Schriftführer, Georg Werle und Ph. Simon als Revisoren, Mik. Schmidt und A. Lang als Revisoren. Der Vorsitzende erwähnte den neuen Vorstand an seine Pflichten, immer recht zahlreich und pünktlich zu den Vorstand-sitzungen und Versammlungen zu erscheinen. Ebenfalls erwähnte er die Kollegen, doch immer vollständig die Versammlungen zu besuchen. Wir müssen einig und mit Nachdruck arbeiten, um unsere Organisation in die Höhe zu bringen.

### Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Krüppelfürsorge. Das Leben all der Personen, die mit einem auffälligen Gebrechen behaftet sind, ist vielfach sehr traurig. Diese Leute sind leider immer noch recht oft dem Gespött roher Menschen ausgesetzt, sie sind fast nach allen Richtungen hin benachteiligt und oft genug fehlt ihnen die Möglichkeit, wenigstens einen Beruf zu wählen, der ihren Wünschen entspricht, und in dem sie sich für die Entfaltungen entschädigt fühlen könnten, die sie sich während des ganzen Lebens auferlegen müssen. Schon lange ist man bemüht, für Leute, die vom geraden Wege ab-gewichen sind, für entlassene Strafgefangene, gefallene Mädchen, für Trinker usw. Einrichtungen zu schaffen, die es diesen Leuten ermöglichen sollen, wieder ein geordnetes Leben zu beginnen. Diese Tätigkeit ist gewiß jeder Förderung wert, um so mehr ist es aber zu verwundern, daß die vor kurzem der Krüppelfürsorge so wenig Aufmerksamkeit zugewendet worden ist. Erst seit ganz kurzer Zeit wird die Krüppelfürsorge mehr beachtet. Im vergan-genen Jahre wurde auf Anregung des preussischen Kultus-ministers die Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge ge-gründet, und wenn diese Vereinigung in der kurzen Zeit ihres Bestehens auch noch keine praktischen Erfolge erzielen konnte, so ist doch wenigstens in der Krüppelfürsorge ein Anfang gemacht worden, der auf einer breiteren Grundlage unternommen wurde. Auf diesem bisher so vernachlässigten Gebiet praktischer Sozial-politik muß noch sehr viel Arbeit getan werden, daraus kann aber auch reichlicher Segen entstehen.

Nach einer vom preussischen Kultusminister veranlaßten Statistik leben im Königreich Preußen 51 000 verküppelte Kin-der unter 15 Jahren und in Bayern wurden 9000 Kinder im Alter von 6-14 Jahren gezählt, die mit auffälligen Gebrechen behaftet waren. Insgesamt wird die Zahl der Krüppelkinder im gesamten Reich auf 90 000 bis 100 000 eingeschätzt, dazu kommen noch etwa 250 000 bis 280 000 Erwachsene mit auffälligen Ge-brechen. Wenn nun auch das Schicksal der Erwachsenen meistens nicht mehr abgeändert werden kann, so muß doch wenigstens dahin gewirkt werden, daß das Lebenslos der Krüppel erleichtert wird, die jetzt noch in jugendlichem Alter stehen. Verzügliche Autoritäten sind nämlich längst zu der durch die Erfahrung be-stätigten Ueberzeugung gekommen, daß bei vielen Gebrechen eine Heilung oder doch wenigstens eine erhebliche Besserung möglich ist, wenn nur früh genug gegen das Leiden vorgegangen wird. Nicht selten genügt zur Heilung oder wesentlichen Besserung schon eine leichte Operation, und noch häufiger kann durch eine orthopädische Behandlung Heilung erzielt werden. Eine große Kategorie von Gebrechen sind, wenn die orthopädische Behand-lung schon im Kindesalter beginnt, so zu lindern, daß später bei Ausübung einer Erwerbstätigkeit kaum noch Beschwerden hervortreten, dabei sind die Kosten gar nicht so sehr hoch. Der Johanniterorden in Bayern, der sich die Behandlung krüppel-licher Kinder angelegen sein läßt, berechnet die Kosten für die Behandlung eines Kindes auf durchschnittlich 125 M. Gegen-über den großen Summen, die in der öffentlichen Armenpflege für arbeitsunfähige Krüppel ausgegeben werden müssen, ist dieser Betrag sehr niedrig. Wie bisher die ärztliche Behandlung der Krüppel vielfach vernachlässigt wurde und noch vernachlässigt wird, so steht es

aber auch mit der Erziehung. Professor Goffer-Berlin, dessen Interesse sich besonders der Krüppelfürsorge zuwendet, hat überhaupt, daß von den 3500 Krüppelkindern, die in Berlin an-gestraft sind, kaum 50 einen passenden Unterricht erhalten. Eine nicht geringe Bedeutung hat auch die Berufswahl für die Krüppel. Soweit die mit schwereren Gebrechen behafteten Leuten nicht gänzlich arbeitsunfähig sind, üben sie fast immer einen Beruf aus, der mindestens nicht geeignet ist, den gesundheitlichen Zustand zu verbessern. Wird schon in der Jugend eine Besserung des Leidens erreicht, so könnten sich viele krüppeliche Menschen auch Berufen zuwenden, die an sich weniger gesundheits-schädlich sind. Sehr notwendig ist auch die Errichtung von Anstalten in denen unheilbare und erwerbsunfähige Krüppel untergebracht und versorgt werden, denn in ganz Deutschland bestehen nur etwa 20 Anstalten, in denen vielleicht 1500-2000 erwerbsun-fähige Krüppel aufgenommen werden können. In Preußen sind die Behörden seit einiger Zeit angewiesen, der Krüppelfürsorge besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und dem Kultus-ministerium über alles zu berichten, was auf die Krüppelfürsorge Bezug hat. Läßt sich durch Anregungen und heilsbringende Unter-stützung nicht eine wesentliche Verbesserung in der Krüppelfürsorge erreichen, so soll das Fürsorgegesetz so ausgebaut werden, daß den Provinzialbehörden eine weitergehende Krüppelfürsorge zur Pflicht gemacht wird.

### Soziale Wahlen.

Lünen (Verwaltungsstelle Dortmund). Bei der am 1. März stattgefundenen Ersatzwahl für Arbeitnehmer-Beisitzer wurde vom christlichen Gewerkschaftskartell aufgestellte Kandidat mit 133 Stimmen gegen nur 33 rote Stimmen gewählt. Diese Wahl war nötig geworden, weil der im Jahre 1908 gewählte Beisitzer wegen Krankheit zu einem anderen Berufe übergegangen war. Bei der Hauptwahl am 30. Dezember 1908 erhielt der christliche Kandidat 152 Stimmen, der rote Kandidat 52; es zeigt, daß für die Sozials in Lünen kein Boden ist.

### Von den Arbeitsstellen.

Keupen (Fosen). An der im Bau begriffenen katholischen Kirche stürzte am 20. Februar d. J. nachts ein von der Fosen Spezialfirma Preußk fertiggestelltes Mauer-Gewölbe zusammen. Die ganze Zeit in jedem jeden Tag in der Kirche gearbeitet wurde. Ein glücklicher Zufall wollte, daß es gerade bei Nacht geschah ist; es wären sonst am Tage Menschenleben in Frage gekommen. Wie uns mitgeteilt wurde, ist die vorläufige Verankerung, welche die Mauerbede von oben gehalten hat, tags vorher gelöst worden. Ein damit beauftragter Statikateur, der mit einem Hilfsarbeiter die Unter löste, konnte dabei spüren, daß die Bede einen heftigen Ruck nach unten tat. Wer nun die Schuld am Unfall trägt ist bis heute noch nicht festgestellt.

Oberhausen. Montag, den 28. Februar, 10 1/2 Uhr, wurde an dem Neubau in der Lohringer Straße, ausgeführt von der Firma Gattermann, zwei Maurer bei dem Einsturz einer vier Meter hohen Mauer begraben. Der Maurer Heinrich Neuf starb direkt nach dem Unfall, dem Maurer L. Sarfostki waren die Beine gebrochen. Ob den Polster die Schuld trifft, muß die Untersuchung ergeben.

### Bekanntmachungen.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß laut Beschluß des Zentralvorstandes und der Revisionskommission der Beitrag aller Klassen um 10 Pf. erhöht ist und zwar ab 1. März. Durch diesen Beschluß sind die Beitragsmarken zu 30 und 35 Pf. ungültig geworden. Die Kassierer fordern wir hiermit auf, diese bei Warten unbenutzlich an die Zentralkasse einzusenden. Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an die Kassierer Fr. Jacobi, Berlin O. 17, Rübendörfer Str. 6 zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür und für welches Vierteljahr das Ge-betrimmt ist.

Allgemeines über Unterstützungen: Alle Unterstützungen, sowie Rechtschutz bedürfen der An-weisung durch den Zentralvorstand. Zu allen Unterstützungen sind besondere Antragsformulare vorhanden, welche mit der Anweisung dem Kassierer der Verwaltungsstelle zugeandt werden. Bei Anträgen auf Unterstützung muß in jedem Falle der Mitgliedsbuch des antragstellenden Kollegen an den Zentralvorstand eingekandt werden. Außer diesem noch: bei Krankenunterstützung ein Attest des Arztes oder eine Bescheinigung von der Krankenkasse, nebst Angabe der Art der Krankheit; bei Sterbeunterstützung eine amtliche Sterben-kunde und Angabe der Todesursache; bei Rechtschutz die Akten des Rechtsstreites, oder wenn solche nicht vorhanden sind, eine ausführliche schriftliche Dar-legung des Streitfalles; bei Gemäßregelungenunterstützung eine ausführ-liche schriftliche Schilderung der Vorgänge. J. A.: J. Wiedebereg.

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 91 613, lautend auf Josef Lalkhausen von der Zahlstelle Fern; die Buch-Nr. 5785, lautend auf Heinrich Schilling und die Buch-Nr. 1833 lautend auf Franz Schwärze, von der Verwaltungsstelle Hannover.

Aufforderung. Wer den Aufenthalt des Kollegen Wil-helm (Maurer), geboren 29. 1. 1891 zu Sieboldhausen, Iem wird gebeten, die Adresse an Rich. Schneider, Hannover amnonenwall 16, gelangen zu lassen.

Achtung! Verwaltungsstelle Dortmund. Den zureichenden Kollegen diene folgendes zur Kenntnis: Das Bureau unseres Verbandes befindet sich Westerblichstr. 67 par-vom nördlichen Bahnhofs-jang in 5 Minuten zu erreichen. Daselbst ist geöffnet von vormittags 8 bis 1 Uhr und nachmittags von bis 8 Uhr. Die zureichenden Kollegen werden gebeten, zunächst an dem Bureau vorzusprechen, von dort aus wird ihnen Arbeit, auf Wunsch auch Logis nachgewiesen.

Der Vorstand der Verwaltungsstelle. J. A.: Heinrich Petri.

### Herbetafel.

Am 10. Februar starb unser treues Mitglied Ludwig Kampen im Alter von 36 Jahren an Wasserucht. Zahlstelle Gemmenich (Belgien).

Am 25. Februar starb unser treues Mitglied und Mit-begründer unseres Verbandes in der Vanden Verwaltungsstelle Paul Tschach insolge Lungenlähmung im Alter von 47 Jahren. Derselbe stand stets im Vordergrund unserer Bewegung und war ein ausdauernder treuer Kämpfer für unsere gute Sache. Verwaltungsstelle Klagen und Zahlstelle Maasen (Maurer und Bauhilfsarbeiter).

Am 27. Februar starb plötzlich unser treuer Kollege und zweiter Vorsitzender, Heinrich Lademann, im 57. Lebensjahre insolge eines Herzschlages. Zahlstelle Kurich.

Ehre ihrem Andenken!